

VON ADAM SMITH ZU JÜRGEN HABERMAS

Der Sündenfall der Ökonomie

Die Lehre von der Wirtschaft braucht eine neue philosophische Grundlage Von Wolfgang Krüger

WOLFGANG KRÜGER

Das Vorhaben ist kühn, wenn nicht sogar abenteuerlich. »In diesem Buch«, so eröffnet der Autor - Professor für Wirtschaftswissenschaft mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung, an der Bergischen Universität Gesamthochschule Wuppertal den Reigen seiner Gedanken, »unternehme ich den umfassend angelegten/Versuch eines Brückenschlags von der neueren praktischen Philosophie zur politischen Ökonomie. Über diese Brücke ist die Ausgangsthese V führt ein methodisch disziplinierter Weg auf der Suche nach einem zeitgemäßen ökonomischen Rationalitäts- und Fortschrittsverständnis für die moderne Industriegesellschaft angesichts ihrer drängenden Entwicklungsprobleme. Es geht darum, die verselbständigte und eben deshalb problematisch gewordene ökonomische Rationalität wieder systematisch an praktische Kriterien des guten Lebens der Menschen anzubinden.«

Der englische Romancier und Physiker C.P. Snow sprach aus eigener leidvoller Erfahrung im Jahre 1959 von den »zwei Kulturen«, von den zwei Welten der Geistes- und Naturwissenschaften, zwischen denen sich ein Abgrund tiefen Nichtverstehens aufgetan hat. Ignoranz und Spezialisierung auf beiden Seiten hätten diese großen so hochverehrten Begründer der klassischen Ökonomie darüber ganz anders dachten. Sie sahen in den wirtschaftlichen Aktivitäten ein Mittel, um auch außerökonomische Werte - Jeremy Bentham sprach vom »größtmöglichen Glück der größtmöglichen Zahl« - zu verwirklichen.

Und es ist zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation nützlich, auch daran zu erinnern, daß die Sozialisten erst die Bühne betraten, als die von den liberalen Ökonomen erhofften segensreichen Wirkungen der »unsichtbaren Hand des Marktes« (Adam Smith) für die breiten Bevölkerungsschichten ausblieben, weil sie sich, wie es in dem Buch so schön heißt, »von der sichtbaren Hand des Staates mehr versprochen«.

Damit wurde die Basis für jene Probleme geschaffen, mit denen wir uns heute auseinanderzusetzen haben.

Seit den Anfängen ihres Bestehens vor zweihundert Jahren bürdete die Marktwirtschaft den Großteil ihrer sozialen Kosten der Öffentlichen Hand auf und produzierte damit als ihr Korrektiv den Wohlfahrtsstaat. Und dieser Wohlfahrtsstaat, das ist die aktuelle Lage, bringt je länger je mehr mit seiner ausufernden Bürokratie und seinen immensen Kosten die Marktwirtschaft an den Rand ihrer Funktionsfähigkeit.

In welche Ausweglosigkeit Wirtschaft und Staat in ihrem kontraproduktiven Mitund Gegeneinander mittlerweile geraten sind, wird in dem Buch so beschrieben:

„Weil das ökonomische System einen wesentlichen Teil seiner korrekturbedürftigen Folgelasten dem staatlich-administrativen System überantwortet, folgt seinem Wachstum ein meist überproportionales Wachstum des wohlfahrtsund sozialstaatlichen Apparates auf dem Fuß. Bereits heute wird jedoch immer offensichtlicher, daß der Sozialstaat den Wettlauf mit der industrialistischen Zerstörung der soziokulturellen Grundlagen einer gesunden Lebenswelt nicht gewinnen kann, weil er dieser Zerstörung nicht ursächlich Einhalt gebietet, sondern sie eher noch steigert. Denn allein schon zur Finanzierung der wachsenden Sozüllast ist der Wohlfahrtsstaat selbst auf Wachstum um fast jeden Preis angewiesen. Der moderne Wohlfahrtsstaat droht hier in einen Teufelskreis zu geraten; er setzt zu seiner eigenen Finanzierung eben jenes bedingungslose Wirtschaftswachstum voraus, dessen explosiv steigende Folgekosten er mit abnehmendem Erfolg bekämpft.“

Was ist zu tun? Wie könnte ein Ausweg aus dieser Sackgasse gefunden werden?

Kappen des Wohlfahrtsstaates, Zurückschneiden der sozialen öffentlichen Leistungen zur Entlastung der Wirtschaft, das ist nach der instruktiven Beschreibung dieses Buches über die enge Verklammerung von Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat allein weder sinnvoll noch machbar. Dieser in der aktuellen Debatte von Anhängern der „Wende“ favorisierte Gedanke wird in dem Buch darum auch gar nicht erörtert.

Diskutiert, wenn auch nur auf wenigen Seiten, werden die allerdings nicht auf einen Nenner zu bringenden Vorschläge der diversen Alternativbewegungen, die „zumindest in Teilen weniger Inseln der Zukunft als wohl eher Inseln der Vergangenheit ansteuern“. Sie wollten das „Systemwachstum“ stoppen, das den „Sozialverfall“ verursacht, und eine gesunde Sozialund Umweltentwicklung mit „Systemverfall“ erkaufen.

Der Autor erteilt dieser Strategie, der „mit ihrer rückgewandten , Sehnsucht nach dem einfachen Leben auf dem Lande' viel Nostalgisches, aber wenig Utopisches abzugewinnen ist“, eine klare Absage. Diese Strategie sei so lange nicht erwägenswert, als „progressivere Lebensformen denkbar sind, die ohne pauschalen Verzicht auf Leistungen eines modernen Wirtschaftssystems ökologisch und sozial tragbar sind“.

Den einzigen denkbaren Ausweg aus der Sackgasse sieht Peter Ulrich darin, die Wirtschaftswissenschaft wieder an die Philosophie anzukoppeln. Die militaristische Moralphilosophie und die aus ihr entwickelte Marktökonomie habe, wie sich jetzt immer klarer herauskristallisiere, nicht zum Gemeinnutzen, sondern zum Gemeinschaften geführt. Erforderlich sei eine Änderung der philosophischen Grundlage der Ökonomie,-eine „Transformation“ der militaristischen Moralphilosophie zur „kommunikativ-ethischen Vernunft“. Und

damit kommt die Philosophie - richtiger ein Teil der Philosophie - von Jürgen Habermas ins Spiel.

Verkürzt bis an den Rand des Möglichen lassen sich die weitgehend von Habermas inspirierten Gedankengänge des Buches etwa so zusammenfassen:

Eine Rückbesinnung auf die metaphysischen Werte, die bis zur Aufklärung das Fundament der Philosophie bildeten, habe schon allein deswegen wenig Zweck, weil sich heute über diese Werte keine Einigkeit mehr erzielen lasse. „Die einzige Chance“, schreibt Peter Ulrich, „den ethischen Abgrund des Nihilismus, der totalen Vergleichgültigung aller Werte und damit des hoffnungslosen Orientierungsverlustes zu überwinden, besteht in der Begründung einer möglichst metaphysikfreien, humanistischen Ethik, einer Ethik, die den Menschen als ethisches Subjekt wieder einsetzt. Soll eine solche Ethik begründbar sein, so ist sie nur als Vernunftethik denkbar; es ist eine Ethik, die das Sittliche im Vernünftigen sucht.“

Werte, so lassen sich diese Überlegungen in geraffter Form weiterführen, können heute nur noch dann als legitim erachtet werden, „wenn sie im Lichte von verallgemeinerungsfähigen Prinzipien argumentativ gerechtfertigt sind“. Sie müssen im Rahmen eines möglichst „herrschaftsfreien Dialogs“ zustande gekommen sein. „Erst damit ist das Niveau einer Ethik der Mündigkeit erreicht, einer Ethik des mündigen und kritischen, aus bloß konventionellen Rollen und Normenbindungen emanzipierten Erwachsenen.“

Auf der Basis dieser nicht mehr allein auf Wettbewerb und den maximalen materiellen Nutzen, sondern auch auf die maximale menschliche Verständigung, auf die gemeinsame Gestaltung des Zusammenlebens der Menschen ausgerichteten Vernunftethik könne dann das zur „Ökonomistik“ geschrumpfte wirtschaftswissenschaftliche Denken wieder an lebenspraktischen Bedürfnissen ausgerichtet werden. Die reine ökonomische „Sachgerechtigkeit“ (Wirtschaftspolitik), die unvermeidlich mit den sozialetischen Ansprüchen des „Menschengerechten“ (Sozialpolitik) kollidiert, müsse in einer „Synthese von Rationalität und Moralität“ zur „Sozialökonomik“ vereinigt werden.

Der eine „unverzichtbare“ Bestandteil dieser übergreifenden Sozialökonomie ist, so Ulrich, „ein leistungsfähiges, vorwiegend nach Kriterien funktionaler Rationalität, relativ autonomes, jedoch der demokratischen Kontrolle durch die politisch-ökonomische Kommunikationsgemeinschaft unterstelltes ökonomisches System“. Der andere, ebenso unverzichtbare Bestandteil sei der Schutz der Lebenswelt sowohl vor dem ökonomischen System als auch vor der Bevormundung durch den Staat. Wesentliches Element dieses Konzeptes sei, die dem Menschen eigenen sozialen Bindungs- und Verantwortungskräfte wieder zu entfalten.

Und damit nimmt Ulrich Ideen auf, die neben anderen von Ivan Illich mit seinem Modell einer „konvivialen Gesellschaft“, von Andre Gorz, der ein ähnliches Konzept aus der wirtschaftsphilosophischen Marxismus-Kritik entwickelte, und dann vor allem von Joseph Huber formuliert wurden. Indem er den Gegensatz zwischen der drohenden, sozial gespaltenen „Doppelwirtschaft“ und der anzustrebenden

sozial-homogenen „Dualwirtschaft“ herausarbeitete, brachte Huber einen der fruchtbarsten Gedanken in die wirtschaftspolitische Grundsatzdebatte ein.

In der Dualwirtschaft stehen der „formelle Sektor“ (ökonomisches System) und der „informelle Sektor“ (Schattenwirtschaft, Lebenswelt) in einer sich komplementär ergänzenden Beziehung zueinander. Der formelle Sektor wird auf jene Leistungen begrenzt, die er effizienter erbringen kann als der informelle Sektor. „Was aber“, so Ulrich, „ebenso gut und ebenso effizient in Eigenarbeit geleistet wie konsumtiv über den Markt erworben werden kann, soll auch in Eigenarbeit getan werden - oder getan werden können von denen, die das möchten.“ ;

Einer der ersten Schritte in diese Dualwirtschaft ist neben einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung eine massive Arbeitszeitverkürzung. Sie ist nicht nur deswegen unverzichtbar, weil nur so die Arbeitskräfte, die durch den (im Rahmen des Konzeptes durchaus erwünschten) technischen Fortschritt ihren Arbeitsplatz verloren haben, wieder in den industriellen Produktionsprozeß eingegliedert werden können; sie ist auch erforderlich, um die persönlichen Freiheitsräume zu erweitern. „Indem jedermann“, so Ulrich, „einen erheblichen Teil seiner potentiellen Arbeitszeit außerhalb des ökonomischen Systems im informellen Sektor einsetzt, kann auch eher für jedermann ein Arbeitsplatz im System verfügbar gemacht werden.“

Obwohl in diesem Modell der Dualwirtschaft auch ein Ansatz zu einer fundamentalen Neukonzipierung der Sozialpolitik enthalten ist, die Staatshilfe durch eigenverantwortliche Selbsthilfe ersetzt und die Wirtschaft von Kosten des Wohlfahrtsstaates entlastet wird, reicht allein das Reizwort «Arbeitszeitverkürzung» aus, um die Weite des Weges zu ermessen, der zurückgelegt werden muß, bis Wirtschaft und Lebenswelt in einer erträglichen Balance zueinander sind. Und so bringt denn auch Peter Ulrich im abschließenden „Ausblick“ seines Buches diese Zeilen zu Papier:

„Machen wir uns zum Schluß nichts vor. Die realistische Perspektive der faktischen Transformation der Gesellschaft in der allernächsten Zukunft entspricht nur zum kleineren Teil den normativen Leitideen, die in den vorangegangenen Kapiteln entworfen worden sind. Was in den nächsten Jahren bevorstehen dürfte, ist wohl eher eine Entwicklung in Richtung des superindustriellen Durchbruchs auf der Basis der gegenwärtig in Entwicklung befindlichen neuen Technologien, vor allem der Mikroelektronik. Es könnte durchaus sein, daß die technokratische Kolonialisierung der Lebenswelt eben erst richtig begonnen hat und damit auch die sozialpathologischen Symptome der Ohnmacht dieser Lebenswelt vor den Funktionszwängen des fast alles durchdringenden Systems weiterhin zunehmen werden . . . Dennoch ist den Kulturpessimisten nicht zuzustimmen, die schon immer , gewußt‘ haben, daß das emanzipatorisch-aufklärerische Projekt der Moderne hoffnungslos zum Scheitern verurteilt ist.“

Bleibt nur zu wünschen, daß Ulrich mit seiner zwar zunächst wenig optimistischen, dann aber doch aufgehellten Lagebeurteilung zumindest auf längere Sicht nicht falsch liegt.

gen überhaupt kommen kann, ist doch höchst bemerkenswert.)

Nein, damit uns Sieg oder Niederlage der Sozialdemokratie bei der Bundestagswahl angelegentlich beschäftigen, dafür müßte die Sozialdemokratie an etwas anderem arbeiten als an Positionen, die bloß einen Tick sozialdemokratischer sind als die der Regierung. 1987 ist von dieser Arbeit noch kaum etwas zu sehen. Und deshalb kann uns diese Bundestagswahl nicht interessieren -

Und dann wollen wir nicht vergessen, unterbricht Z., Anfang 40, kein verbeamteter, sondern ein freischaffender Intellektueller, daß die deutsche Sozialdemokratie von Anfang an mit dieser fürchterlichen Staatsfrömmigkeit geschlagen war. . Jede Bundestagswahl, so sollten wir glauben, entscheidet darüber, wem der Staat gehört, uns oder den anderen. Immer wieder sollten wir in den siebziger Jahren SPD wählen, um Schlimmeres zu verhüten, angeblich, bis uns das wirklich zu bunt wurde und wir die Grünen wählten, wenn überhaupt.

Auch von Z. kann man zu exquisiten Abendessen eingeladen werden. Freilich wird hinterher nicht geraucht, schon gar keine Zigarren.

Mag sein, daß Sebastian Haffner recht hat und die CDU längst eine sozialdemokratische Partei ist (Z. ist da skeptisch): Überhaupt finde ich das Starren auf den Staat unfruchtbar. Man muß kein Anhänger des neuen französischen Denkens sein, um diese Hoffnung auf Zentralismus, auf eine zentral gesteuerte Sinnproduktion kritikwürdig zu finden.

Z. ist ein Anhänger des neuen französischen Denkens, und er kann, anders als die anderen Anhänger, die ich kenne, ganz genau erklären, worum es Derrida oder Lacan eigentlich geht, was sie" mit Nietzsche, Freud und Heidegger angestellt haben und wie sich das mit unseren heiligen Texten aus der Frankfurter Schule verknüpft.

Wir wollen uns an der ehrwürdigen vulgärmaterialistischen Interpretation der Dinge nicht vorbeidrücken (freilich verfißt sie heutzutage eher Graf Lambsdorff und seinesgleichen): Während der siebziger Jahre, der sozialliberalen Ära, ist die Zahl der verbeamteten Intellektuellen ganz außerordentlich angewachsen.

Sie sitzen auf ihren Planstellen, glauben an den Staat und reproduzieren die kritische, auch staatskritische Folklore.

Sie bilden die avancierten Kader der Sozialdemokratie in der Kultur. Und ich sehe keinen Grund, diese Verhältnisse zu tadeln. Der deutsche Professor, der lange genug ex cathedra Staatslob betrieben hat, ist doch eine wirkliche Horrorfigur gewesen, Professor Unrat. Daß er so oft durch den Staatskritiker im öffentlichen Dienst ersetzt werden konnte während der sozialliberalen Ära, jedenfalls in den Geisteswissenschaften, das dürfen wir als geniale Lösung des Problems Professor Unrat feiern.

Aber für die kulturelle Arbeit, unterbricht unser Freund Z., für die avancierten Kader des Feuilletons, für das freie Produzieren ist Freund A. keine weiterführende Figur.

Sicher, er fängt schon an, Roland Barthes zu zitieren in seinen Seminaren über Heinrich Mann; er interessiert sich ungeschickt für die Theorie des Zeichens und wird bald den Poststrukturalismus dem gesunden Menschenverstand vertraut gemacht haben.

Aber Entschuldigung, mögen Sie unterbrechen, was hat denn das mit der Bundestagswahl 1987 zu tun?

Es kann verständlicher machen, weshalb sie die fortgeschrittenen Kader des Feuilletons nicht interessiert. Das auf den Staat gerichtete, für das Ganze verantwortliche, moralisch durchkontrollierte Denken, wie es die Sozialdemokratie verfißt (und wie es unser Freund A. verkörpert), ist von den avancierten Kadern selber als Gegner erkannt und der Kritik unterworfen worden. Das hat zu höchst seltsamen Verhältnissen geführt:

Wer in hundert Jahren wissen möchte, was es mit der „Wende“ auf sich hatte, von der in den achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhundert die konservativen Politiker redeten, der muß in der Kultur nachschauen, haargenau der Kultur, welche den konservativen Politikern stets als fester Verbündeter der Sozialdemokratie erschien: Peter Handke und Botho Strauß; die Kritik der Vernunft und der Aufklärung; die Wiederkehr des Heiligen und der Sehnsucht nach religiöser Erfahrung; die Wiederkehr des Körpers und des Willens zur Macht, man sagt aber: Power! Sogar die Wiederkehr des Denkens an die deutsche Nation.

Unsereins hat die Wende überhaupt erst mit Inhalten ausstaffiert. In der Kultur der Bundesrepublik hat die Linke so etwas wie eine Rechte aus sich selber geboren.

Was uns hoffentlich erspart bleibt, das ist ein Politiker wie Ronald Reagan, der all diese Motive abkassiert und sie dem staatlichen Handeln zuführt!

Also sind Sie, mögen Sie unterbrechen, doch keineswegs einverstanden mit diesen Entwicklungen. Wie müßte es denn aussehen, das neue Projekt, um dessentwillen sich die avancierten Kader auch wieder für Bundestagswahlen und wer in ihnen siegt engagieren könnten?

Ich weiß es nicht, müßte ich antworten, ich weiß es wirklich nicht genauer.

Was die Kultur angeht, so kommt vermutlich eine Ästhetik der Armut auf uns zu, die dies ganze postmoderne Sahnegeschmetzelte mit Kiwi, Chichi und Patschuli abräumt. Die Berliner Schaubühne am Lehniner Platz, die Botho Strauß' „Fremdenführerin“, ein Zweipersonenstück, mit größtem technischen Aufwand zu einem ekligen Monumentalfilm aufgeblasen hatte, zeigte gleichzeitig in ihrer Probephase, einem aufgelassenen Kino im tiefsten Kreuzberg, eine Inszenierung von Piatons „Phaidon“. Ein paar Kaffeekästchen und Stühle; zwei Männer in sorgfältiger Straßenkleidung; ein paar Puppen; ein Stück Kreide, zum Zeichnen auf den Dielen; der Text - wunderbar! Im Kopf entstand das Kino.

Was die Politik angeht, so werden vermutlich alle Ideen, wie man Bürokratien in Bewegung setzt, wie man staatliches Handeln frisch motiviert, zukunftsreich sein; und zwar nicht durch Reprivatisierung; die Unterwerfung ehemals staatlichen Geländes unter den Markt. Mag sein, daß deshalb die fortgeschrittenen Kader so neugierig auf Herrn Gorbatschow schauen . . .

Aber noch ist es nicht so weit. Ich sehe wirklich keine andere Haltung als die des Abwartens und Zuschauens, watch and wait. Wohlgermerkt: für den Augenblick. Michael Rutschky, 1943 in Berlin geboren, ist Verfasser der Bücher „Ethnographie des Inlands“, „Auf Reisen - Ein Fotoalbum“ (beide Suhrkamp); „Erfahrungshunger“, „Wartezeit“ (beide Kiepenheuer & Witsch).

ZEIT ONLINE 1987